



Dresdner Nachrichten

Hugo Borack
Hoflieferant
vorm. Eduard Emil Richter
(gegründet 1825)
Altmarkt
Ecke der Hauptstrasse 1.
Strumpf- u. Wollwaren,
Normal-Reforms, Merino-
und seidenen Unterzeuge,
Tricot-Failles
u. Jaquettes, Blousen,
Shawls, Tücher, Plaids,
Unterröcke, Kapotten
zu allen Preisen.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,
empfiehlt in grösster Auswahl:
**Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Land-
wirthschafts-Geräthe.**

Dresden, 1892.

Wilh. Böhme, Scheffelstr. 6,
Tuchhandlung.
Reichhaltigste Auswahl sämtlicher Neuheiten
der Frühjahrs-Saison in Paletots, Anzügen, Rock-
und Hosen-Stoffen zu billigen Preisen.

Tuchwaaren.
Wollschwarze Tuche, Croisés und Granits zu
H. Frackanzügen empfehlen in grossartiger Auswahl
Pörschel & Schneider,
Scheffelstrasse 10 (kl. Rauchhaus).

W. F. Seeger, Dresden-N.
Kasernenstr. 13. Fernsprecher 2153.
Dresdner Champagner-Fabrik u. Wein-Grosso-Handlung
(gegründet im Jahre 1822).
Kommissionärer zu Anzeigenschein in allen preuss. Orten von Sachsen
und den Nachbarprovinzen. Preislisten gratis.

Lodenjoppen, Havelocks, Kaisermäntel, Lodenhüte

in grösster Auswahl zu sehr billigen Preisen empfiehlt **Jos. Fiechtl** aus Tirol, Schloss-Strasse 23, neben dem Königl. Schloss.

Mr. 26. Spiegel: Concessionen an den Materialismus, Französischer Kulturkampf, Hofnachrichten, Landtagsberhandlungen, Inhaber des eisernen Kreuzes, Bericht bei Bismarck, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Hädel's Crotocolum, Freundzeit.

Für die Monate Februar und März
werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichnetem Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen**, für auswärts bei den Kaiserlichen Postämtern im Deutschen Reichsgebiete zu **1 Mark 10 Pfennigen** angenommen.
Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.

Politik.
Dr. Paul Simon in Dresden.
Die Verhandlungen im Reichstage wie in der preussischen Landesvertretung haben ein bedeutsames Moment erreicht, das sich aus der Rede des nationalliberalen Vortragsführers von Bennigsen ergibt. Dieser, einer der hervorragendsten Parlamentarier und zugleich als Oberpräsident der Provinz Hannover einer der höchst angesehenen Beamten Preussens, richtete an die Liberalen aller Schattierungen den dringenden Mahnruf, im Hinblick auf die Stellung der preussischen Regierung zum Schulgesetz sich zu vereinen und über wirtschaftliche Streitigkeiten hinweg das gemeinsame politische Interesse im Auge zu behalten. In dieser Aufforderung ist der Wunsch zu deutlich enthalten, die sich an die Idee des Kartells knüpfen, so jenen auszusprechen, daß an eine Wiederbelebung dieser letzten Schöpfung des Fürsten Bismarck, wenigstens in Preussen, schmerzlich gedacht werden kann. Denn die durch den Gegenstoß auf dem Gebiete der Schule hervorgerufene Annäherung zwischen National- und Nationalliberalismus wird sicherlich anhalten und für die Gestaltung der kommenden Dinge von wesentlichem Einfluß sein. So wie die Sachen jetzt liegen, wird man eine klare Scheidung der Parteien nur willkommen heißen dürfen, und sowohl im Interesse der Regierung wie in dem des Volkes und seiner Vertretung würde es liegen, wenn aus dem jetzt bestehenden Wirrwarr sich klare Gebilde ausbilden. Bedauerlich ist nur der Anlauf zu dieser Scheidung, bedauerlich vor allen Dingen, daß der dem deutschen Landtage vorliegende Entwurf über die Neugestaltung der Volksschule so gerätet ist, daß auch Konkrete erprobter Bestimmungen ihm nicht überall beifolgt können. Die Gründe für die theilweise in diesen Kreisen bestehende Abneigung liegen klar zu Tage: sie beruhen vor allem in der Tendenz, dem Materialismus eine Reihe von Annehmlichkeiten zu machen, die dem protestantischen Bismarck unumwunden erweisen müssen, sie beruhen in der That, daß der Entwurf schon durch seine Geschichte sich als eine Art von Unterwerfungsbekundung des Staates anzeigt. Dem geschlossenen Liberalismus standen demnach in dieser Angelegenheit die Konkreten in einer keineswegs günstigen Position gegenüber, und das ist um so bedauerlicher, als gewisse Grundzüge des neuen Reformgesetzes durchaus die Billigung der christlich und deutsch gesinnten Parteigenossen finden müßten. Das hierzu die mögliche Einschränkung der Simultanschulen und die Betonung des religiös-konfessionellen Augenmerkens gehört, ist bereits an dieser Stelle hervorgehoben worden. Kräftig allerdings wird es auch jetzt, trotz der Warnung Bennigsen's, bleiben, ob der Reichstag sich bereit halten wird, seine Forderungen mit denen der liberalen Mittelpartei zu vereinen; unter einem Theil der Gesinnungsgenossen Richter's dürfte die Meinung hierzu vorhanden sein, der Abg. Richter jedoch mit seinem Anhang, der bisher stets in den Nationalliberalen die Oberhand gewonnen, wird nicht ohne Weiteres sich dazu verstehen, mit den vor drei Jahren so hart bekämpften Gegnern gemeinsame Sache zu machen, zumal seiner Meinung nach unter dem neuen Kurse die Saat der Revolution im Reichsland liegt. Ob Herr Richter mit dieser Auffassung Recht behält, bleibt billig zu bezweifeln; wenn eine der radikalen Parteien von der liberalen politischen und nationalliberalen Lage profitirt, so ist es die Sozialdemokratie, und in den Stunden eifriger Selbstkenntnis dürfte es auch dem Abg. Richter nicht entgehen, in welcher fruchtbarer Weise er selbst zu der Ausbreitung der sozialistischen Anschauungen trotz aller Vorurtheile beigetragen hat. Sollte er selbst und seine Freunde in Zukunft eine Stellung einnehmen, so liegt die Ursache hierfür nicht etwa in seinen eigenen Lehren, sondern auch in der Haltung der Reichsregierung, die leider recht oft unter den treuesten Anhängern von Staat und Monarchie unerwartete Wirksamkeit anzeigt hat. Oder was soll, um bei der Schlußfrage zu bleiben, der wohlwollendste Beistand der liberalen Parteiung sagen, wenn der leitende Staatsmann bei Einbringung des Gesetzes den Entwurf vor einem Jahre erklärte: „Die Staatsregierung ist zu Gunsten der religiös-konfessionellen sowie vorgegangen, als sie mit der Wahrung nationaler Interessen geben zu können glaubt hat“, und wenn der neue Entwurf eine Reihe von einschneidenden weiteren Zugeständnissen an den Materialismus enthält? Ist das ein wirklich nationalmännliches Vorgehen? Was soll der Protestant dazu sagen, wenn Dr. von Götze das Gleich mit der Volkswirtschaft verbindet, „einen Zustand zu schaffen, mit dem die katholische Kirche zufrieden sein kann“? Im Jahre 1887 erklärte der Reichstag die fünfsten Novelle zu den Maßregeln den bestimmten Frieden als erzielt betrachte; was ist denn da noch ein weiterer Friedensschritt möglich?

gewinnt noch eine gewisse Berechtigung durch den Umstand, daß nur ein einziger Kardinal, der Republikaner freundliche Laune, keine Unterdrückung zurückgehalten hat. Wie aber ist es zu erklären, daß die französischen Bischöfe sich gewissermaßen in Opposition zu dem deklarirten Willen des Papstes setzen? Nun, der Papst ist alt und er ist krank; wenn seine gesunde Natur auch manchen Sturm standhielt und auch jetzt wieder dem Anpross der Inflation, jener tödtlichen Krankheit überwand, die nacheinander die Kardinal Simon und Manning, den Jesuitengeneral Anderledy und den Vater Cornoldi hinraffte, so eilt doch mancher Gedanke bereits zum nächsten Conclave und zu dem Manne, der berufen ist, nach Leo dem Dreizehnten die päpstliche Krone zu tragen. Der jetzige Papst war ein Mann der friedlichen Politik; er suchte das Interesse der Kirche nicht in Kompromittierung, und er hat durch sein verhältnissmäßig ungewöhnlich große Erfolg erzielt, als sein Vorgänger. Er weiß seine Zeit abzuwarten, nicht mit Gewalt will er entgegen, was ihm der Augenblick bringt. Aber diese lange Politik hat ihre mächtigen Gegner gerade im Lager der höchsten Geistlichkeit und mehr als einmal mag Papst Leo schwere Kämpfe mit seiner Umgebung, als mit den Gegnern der Kirche bestehenden haben. Jetzt verlangt er, daß in Frankreich der Clerus sich der Republik nähert; so schwer ihm das fallen mag, sicherlich geht er aber nicht von der Ansicht aus, daß sich leicht Frankreich dem Einfluß der Kirche gänzlich entzieht. Die fünf Kardinalen wiederum halten an der Ueberzeugung fest, es sei besser, sich an die Fäden hoffnungsloser Präzedenzen zu klammern und ohne Zweifel werden sie in ihrem distinkten Widerstand gegen ihren Oberhirten durch den Hinblick auf die Möglichkeit gefestigt, daß bald ein neuer Papst die Toga erhalten und die Politik des neunten Leo wieder aufnehmen könnte.

besonders im Osten, daraus erwachenden Latenzen. In Preussen wurden zahlreiche neue katholische Schulen auf Kosten der protestantischen Einwohner errichtet werden müssen. Mit Rücksicht auf die Verfassungsmäßigkeit der Gemeinden wurde auf die Simultanschulen nicht völlig verzichtet werden können. Jedem möchte sich ferner gegen die Bestimmungen über die Ueberwachung des Religionsunterrichts durch die Geistlichen, welche den Bismarck'schen Geist tragen. Eine Verhinderung über die Ueberwachung der Volksschulen; man könne durch Bestimmungen über die Verhinderung der Lehrer erreichen, was man mit der Vorlage anstrebt. Die Bestimmungen über die Privatanschulen seien unannehmbar; sie würden dazu benutzt werden, die Kinder der Volksschule zu entziehen, besonders in den großen Städten. In der Volksschule stimme aber dem Richter nicht zu; sein Erziehungsverständnis habe schon bedeutende Folgen gehabt. Auch die Recentulation der Schulverwaltung sei bedenklich. Er billige den konfessionellen Charakter der Vorlage, verwerfe aber deren hierarchischen Charakter. (Beifall.) — Abg. v. Buch (kon.) tritt für die Vorlage im Interesse der Konfessionellen ein. Wollte man den konfessionellen Charakter der Volksschule wahren, so müßte man den Geistlichen die Aufsicht über den Religionsunterricht geben; das lasse sich nicht anders machen. Anerkennungswürdig sei die Grundbestimmung der Vorlage, daß auch den Kindern der Unmündigen Religionsunterricht erteilt werden soll. Viele hätten für die Religion in nur Leben und Tod. Es könnte aber noch die Zeit kommen, wo diese Leute auch noch leben lernten. Die Verheirathung, die Schule würde der Kirche ausgeliefert, sie nicht weiter als ein Schulwort. Seine Freunde behielten sich im Einzelnen Abänderungsanträge vor, stimmten aber im Prinzip der Vorlage zu. Die Bestimmungen, welche die 9 Millionen aus dem Uebertrag der Einkommensteuer für die Schule betrafen, sei zu streichen. Dem Sinne sei in feierlicher Weise verbunden worden, daß dieser Betrag zur Entlastung des Grundbesitzes verwendet werden solle. — Abg. Dr. Emmerich (nl.) erklärt die Vorlage für seine politischen Freunde in allen Theilen für unannehmbar, sowohl wegen der unzulässigen Aufgabe staatl. Rechte zu Gunsten der Kirche, als auch wegen der schmerzhaften Ausdehnung des Privatunterrichts. Schließlich würde man auch die höheren Schulen und Universitäten der Kirche ausliefern. — Abg. Dr. Heidenberger (Centr.): Die Vorlage gestatte der Kirche nur die Ueberwachung des Religionsunterrichts, und das sei doch die mildeste Form, denselben zu leiten. Auf diese Weise habe die Kirche unbedingten Anbruch. — Kultusminister Graf Böttger bedauert, daß zwischen der Regierung und der Nationalliberalen so wenig Verständigungspunkte bestehen. Inwiefern Bismarck mit seinem Vorgehen im Rechte war, konnten seine Bedenken erweisen, keine Forderungen in die Vorlage aufnehmen, denn den Privatanschulen habe die Bevölkerung keine großen Sympathien entgegengebracht. Wegen der Privatanschulen so erhebliche Bedenken geltend zu machen, liege doch angesichts der bisherigen Erfahrungen kein Grund vor, wie ein Hinweis auf Brande und Pestalozzi beweist. Nachdem Abg. Dr. v. Jagdewitz (Pole) für die Vorlage gesprochen, wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Herrschreib- und Herrschreib-Berichte vom 25. Januar.

Berlin, Reichstag. Auf der Tagesordnung steht das Budget. Zunächst Punkt 1. und 2. Beratung des am 18. d. M. in Rom abgeschlossenen Uebereinkommens zwischen dem Reich und Italien über den gegenseitigen Patent-, Marken- und Markenrecht. Abg. Schmidt (frei.) wünscht in dem Verträge eine Bestimmung analog § 8 des Vertrags mit Oesterreich, betreffend die Uebereinkommen der Patente. — Abg. Dr. Hammer (nl.) hält die Bedenken, die er in der Referatssitzung bei der Konvention mit Oesterreich ausgesprochen, aufrecht und bemerkt gleichfalls eine Bestimmung über die Konkurrenz illegale. — Unterstaatssekretär Niebling erwidert, daß eine solche Bestimmung Italien gegenüber nicht nötig sei, da Italien bereits entsprechende Bestimmungen seinerseits getroffen habe. — Die 2. Beratung der Konvention wird von der Tagesordnung abgesehen. — Es folgt 2. Beratung des Handelsvertrags mit der Schweiz. Abg. Siegel (nl.) erwidert eingehend die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen der wichtigen Positionen des Vertrags und beifolgt dem Vertrag in der Hoffnung, daß damit die Grundlage für eine Weiterentwicklung geschaffen sei. Bei den einzelnen Positionen sei viel erreicht, als erreicht werden konnte. — Abg. Ausland (erh.) spricht mit Rücksicht auf die Schlußsätze, die der Vertrag für die Vorbringen bringe, gegen denselben. — Abg. Emschammer (frei.) weist auf die bedauerliche Lage einer Anzahl mittelständischer Handwerker, als Spielwaren-Industrie u. s. w. hin, welche lediglich durch den Zoll Zolltarif verhandelt sei. Er könne nur wünschen, daß man der Thüringer Industrie bei weiteren Verhandlungen mehr Berücksichtigung zu Theil werden lasse. — Abg. Abt (nl.) wünscht eine gleichmäßige Präzisierung der Begriffe „arabes“ und „feines Schabwerg“ im deutschen und im Schweizer Warenverzeichnis. — Abg. Landes (Centr.) bedauert die Zollbestimmung für Rade, wodurch die Käsefabrikation im Allgäu, welche erst durch den Zoll konzentriert gemacht wurde, geschädigt würde. — Bundesminister Geh. Rath Emmerich: Wir hätten verhältnissmäßig wenig concedirt. Mit dem Konventionstext mit der Schweiz belasten wir die Einfuhr nur noch im Durchschnitt mit 135 Proz. vom Werth, während die Schweiz, deren autonomer Tarif einer durchschnittlichen Belastung von 84 Proz. entspricht, dieselbe in dem Vertragstexte auf 54 Proz. herabsetzt. Durch den nach dem angeführten Uebereinkommen herabgesetzten deutschen Zoll wird die deutsche Industrie bedürftig. — Abg. Dr. Walz (frei.) rügt die Haltung der Industriellen des Reichs gegenüber. Die verlangten Gebührenden Ausgabegelder, wollten aber von einer Herabsetzung der deutschen Zölle nichts wissen. Die Art und Weise, in welcher die Kaiserlicher Spinner ihre Interessen hier vertreten hätten, sei nicht geeignet, Sympathien für sie zu erwecken. (Ob?) Ein großer Theil des in Uebereinkommen produzierten Baumwollgarnes werde dort weiter verarbeitet, nur etwa die Hälfte davon könne zur Ausfuhr nach Deutschland. Die Zollermäßigungen seien viel zu unbedeutend, als daß sie für die Industriellen besonders in's Gewicht fallen könnten. Der Zoll verteuere die Waare für die deutschen Konsumenten, um sie billiger an die ausländischen Konsumenten abzugeben zu können. Die Zollermäßigungen von 1885 seien nicht ausreicht zu erhalten. Er hoffe, die Regierung werde auf dem betreffenden Wege fortfahren. — Abg. Dr. Weitz (nl.) glaubt nicht, daß die Zollermäßigung für die Feinweberei den deutschen Textilindustriellen ein Gewinn bringe, als conditio sine qua non gefordert hätte, sondern weil man eine Vergünstigung für die Hans- und Industrie erzielen wolle. Es handle sich nicht bloss um die Spinnerindustrie, sondern auch um die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter. — Reichlicher Handelsminister v. Bismarck: Die niederrheinische Haus- und Textilindustrie sei gegen jede Herabsetzung der Zölle als einen Einbruch in das Schutzsystem. Sie verlange aber Rückvergütung des Zolles und zwar ohne Identitätsnachweis. Auf die Petitionen aus diesen Kreisen könne man sich also nicht berufen. Die Erwartungen, die man im Interesse der Entwicklung der Feinweberei an den Zoll geknüpft hat, haben sich nicht erfüllt. Nur ein großes Establishment in Bielefeld und eine Fabrik in Sachsen bezogen nennenswerthe Quantitäten Baumwollgarn aus dem Uebereinkommen. Die Kaiserlichen Spinner und Weber vermindern im Uebereinkommen, denn dort seien Spinner und Weber vermindert und vermindert. Wegen die englische Konkurrenz sei nicht aufzunehmen. Nach Alldem sei es nicht richtig, daß eine wichtige Industrie durch die Zollermäßigung betroffen würde, wohl aber liege diese Zollermäßigung im Interesse der deutschen Feinweberei und zahlreicher Industriellen. — Die Weiterberatung wird hierauf auf Abends 8 1/2 Uhr vertagt.

Berlin, Reichstag. Auf der Tagesordnung steht das Budget. Zunächst Punkt 1. und 2. Beratung des am 18. d. M. in Rom abgeschlossenen Uebereinkommens zwischen dem Reich und Italien über den gegenseitigen Patent-, Marken- und Markenrecht. Abg. Schmidt (frei.) wünscht in dem Verträge eine Bestimmung analog § 8 des Vertrags mit Oesterreich, betreffend die Uebereinkommen der Patente. — Abg. Dr. Hammer (nl.) hält die Bedenken, die er in der Referatssitzung bei der Konvention mit Oesterreich ausgesprochen, aufrecht und bemerkt gleichfalls eine Bestimmung über die Konkurrenz illegale. — Unterstaatssekretär Niebling erwidert, daß eine solche Bestimmung Italien gegenüber nicht nötig sei, da Italien bereits entsprechende Bestimmungen seinerseits getroffen habe. — Die 2. Beratung der Konvention wird von der Tagesordnung abgesehen. — Es folgt 2. Beratung des Handelsvertrags mit der Schweiz. Abg. Siegel (nl.) erwidert eingehend die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen der wichtigen Positionen des Vertrags und beifolgt dem Vertrag in der Hoffnung, daß damit die Grundlage für eine Weiterentwicklung geschaffen sei. Bei den einzelnen Positionen sei viel erreicht, als erreicht werden konnte. — Abg. Ausland (erh.) spricht mit Rücksicht auf die Schlußsätze, die der Vertrag für die Vorbringen bringe, gegen denselben. — Abg. Emschammer (frei.) weist auf die bedauerliche Lage einer Anzahl mittelständischer Handwerker, als Spielwaren-Industrie u. s. w. hin, welche lediglich durch den Zoll Zolltarif verhandelt sei. Er könne nur wünschen, daß man der Thüringer Industrie bei weiteren Verhandlungen mehr Berücksichtigung zu Theil werden lasse. — Abg. Abt (nl.) wünscht eine gleichmäßige Präzisierung der Begriffe „arabes“ und „feines Schabwerg“ im deutschen und im Schweizer Warenverzeichnis. — Abg. Landes (Centr.) bedauert die Zollbestimmung für Rade, wodurch die Käsefabrikation im Allgäu, welche erst durch den Zoll konzentriert gemacht wurde, geschädigt würde. — Bundesminister Geh. Rath Emmerich: Wir hätten verhältnissmäßig wenig concedirt. Mit dem Konventionstext mit der Schweiz belasten wir die Einfuhr nur noch im Durchschnitt mit 135 Proz. vom Werth, während die Schweiz, deren autonomer Tarif einer durchschnittlichen Belastung von 84 Proz. entspricht, dieselbe in dem Vertragstexte auf 54 Proz. herabsetzt. Durch den nach dem angeführten Uebereinkommen herabgesetzten deutschen Zoll wird die deutsche Industrie bedürftig. — Abg. Dr. Walz (frei.) rügt die Haltung der Industriellen des Reichs gegenüber. Die verlangten Gebührenden Ausgabegelder, wollten aber von einer Herabsetzung der deutschen Zölle nichts wissen. Die Art und Weise, in welcher die Kaiserlicher Spinner ihre Interessen hier vertreten hätten, sei nicht geeignet, Sympathien für sie zu erwecken. (Ob?) Ein großer Theil des in Uebereinkommen produzierten Baumwollgarnes werde dort weiter verarbeitet, nur etwa die Hälfte davon könne zur Ausfuhr nach Deutschland. Die Zollermäßigungen seien viel zu unbedeutend, als daß sie für die Industriellen besonders in's Gewicht fallen könnten. Der Zoll verteuere die Waare für die deutschen Konsumenten, um sie billiger an die ausländischen Konsumenten abzugeben zu können. Die Zollermäßigungen von 1885 seien nicht ausreicht zu erhalten. Er hoffe, die Regierung werde auf dem betreffenden Wege fortfahren. — Abg. Dr. Weitz (nl.) glaubt nicht, daß die Zollermäßigung für die Feinweberei den deutschen Textilindustriellen ein Gewinn bringe, als conditio sine qua non gefordert hätte, sondern weil man eine Vergünstigung für die Hans- und Industrie erzielen wolle. Es handle sich nicht bloss um die Spinnerindustrie, sondern auch um die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter. — Reichlicher Handelsminister v. Bismarck: Die niederrheinische Haus- und Textilindustrie sei gegen jede Herabsetzung der Zölle als einen Einbruch in das Schutzsystem. Sie verlange aber Rückvergütung des Zolles und zwar ohne Identitätsnachweis. Auf die Petitionen aus diesen Kreisen könne man sich also nicht berufen. Die Erwartungen, die man im Interesse der Entwicklung der Feinweberei an den Zoll geknüpft hat, haben sich nicht erfüllt. Nur ein großes Establishment in Bielefeld und eine Fabrik in Sachsen bezogen nennenswerthe Quantitäten Baumwollgarn aus dem Uebereinkommen. Die Kaiserlichen Spinner und Weber vermindern im Uebereinkommen, denn dort seien Spinner und Weber vermindert und vermindert. Wegen die englische Konkurrenz sei nicht aufzunehmen. Nach Alldem sei es nicht richtig, daß eine wichtige Industrie durch die Zollermäßigung betroffen würde, wohl aber liege diese Zollermäßigung im Interesse der deutschen Feinweberei und zahlreicher Industriellen. — Die Weiterberatung wird hierauf auf Abends 8 1/2 Uhr vertagt.

Berlin, Reichstag. Auf der Tagesordnung steht das Budget. Zunächst Punkt 1. und 2. Beratung des am 18. d. M. in Rom abgeschlossenen Uebereinkommens zwischen dem Reich und Italien über den gegenseitigen Patent-, Marken- und Markenrecht. Abg. Schmidt (frei.) wünscht in dem Verträge eine Bestimmung analog § 8 des Vertrags mit Oesterreich, betreffend die Uebereinkommen der Patente. — Abg. Dr. Hammer (nl.) hält die Bedenken, die er in der Referatssitzung bei der Konvention mit Oesterreich ausgesprochen, aufrecht und bemerkt gleichfalls eine Bestimmung über die Konkurrenz illegale. — Unterstaatssekretär Niebling erwidert, daß eine solche Bestimmung Italien gegenüber nicht nötig sei, da Italien bereits entsprechende Bestimmungen seinerseits getroffen habe. — Die 2. Beratung der Konvention wird von der Tagesordnung abgesehen. — Es folgt 2. Beratung des Handelsvertrags mit der Schweiz. Abg. Siegel (nl.) erwidert eingehend die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen der wichtigen Positionen des Vertrags und beifolgt dem Vertrag in der Hoffnung, daß damit die Grundlage für eine Weiterentwicklung geschaffen sei. Bei den einzelnen Positionen sei viel erreicht, als erreicht werden konnte. — Abg. Ausland (erh.) spricht mit Rücksicht auf die Schlußsätze, die der Vertrag für die Vorbringen bringe, gegen denselben. — Abg. Emschammer (frei.) weist auf die bedauerliche Lage einer Anzahl mittelständischer Handwerker, als Spielwaren-Industrie u. s. w. hin, welche lediglich durch den Zoll Zolltarif verhandelt sei. Er könne nur wünschen, daß man der Thüringer Industrie bei weiteren Verhandlungen mehr Berücksichtigung zu Theil werden lasse. — Abg. Abt (nl.) wünscht eine gleichmäßige Präzisierung der Begriffe „arabes“ und „feines Schabwerg“ im deutschen und im Schweizer Warenverzeichnis. — Abg. Landes (Centr.) bedauert die Zollbestimmung für Rade, wodurch die Käsefabrikation im Allgäu, welche erst durch den Zoll konzentriert gemacht wurde, geschädigt würde. — Bundesminister Geh. Rath Emmerich: Wir hätten verhältnissmäßig wenig concedirt. Mit dem Konventionstext mit der Schweiz belasten wir die Einfuhr nur noch im Durchschnitt mit 135 Proz. vom Werth, während die Schweiz, deren autonomer Tarif einer durchschnittlichen Belastung von 84 Proz. entspricht, dieselbe in dem Vertragstexte auf 54 Proz. herabsetzt. Durch den nach dem angeführten Uebereinkommen herabgesetzten deutschen Zoll wird die deutsche Industrie bedürftig. — Abg. Dr. Walz (frei.) rügt die Haltung der Industriellen des Reichs gegenüber. Die verlangten Gebührenden Ausgabegelder, wollten aber von einer Herabsetzung der deutschen Zölle nichts wissen. Die Art und Weise, in welcher die Kaiserlicher Spinner ihre Interessen hier vertreten hätten, sei nicht geeignet, Sympathien für sie zu erwecken. (Ob?) Ein großer Theil des in Uebereinkommen produzierten Baumwollgarnes werde dort weiter verarbeitet, nur etwa die Hälfte davon könne zur Ausfuhr nach Deutschland. Die Zollermäßigungen seien viel zu unbedeutend, als daß sie für die Industriellen besonders in's Gewicht fallen könnten. Der Zoll verteuere die Waare für die deutschen Konsumenten, um sie billiger an die ausländischen Konsumenten abzugeben zu können. Die Zollermäßigungen von 1885 seien nicht ausreicht zu erhalten. Er hoffe, die Regierung werde auf dem betreffenden Wege fortfahren. — Abg. Dr. Weitz (nl.) glaubt nicht, daß die Zollermäßigung für die Feinweberei den deutschen Textilindustriellen ein Gewinn bringe, als conditio sine qua non gefordert hätte, sondern weil man eine Vergünstigung für die Hans- und Industrie erzielen wolle. Es handle sich nicht bloss um die Spinnerindustrie, sondern auch um die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter. — Reichlicher Handelsminister v. Bismarck: Die niederrheinische Haus- und Textilindustrie sei gegen jede Herabsetzung der Zölle als einen Einbruch in das Schutzsystem. Sie verlange aber Rückvergütung des Zolles und zwar ohne Identitätsnachweis. Auf die Petitionen aus diesen Kreisen könne man sich also nicht berufen. Die Erwartungen, die man im Interesse der Entwicklung der Feinweberei an den Zoll geknüpft hat, haben sich nicht erfüllt. Nur ein großes Establishment in Bielefeld und eine Fabrik in Sachsen bezogen nennenswerthe Quantitäten Baumwollgarn aus dem Uebereinkommen. Die Kaiserlichen Spinner und Weber vermindern im Uebereinkommen, denn dort seien Spinner und Weber vermindert und vermindert. Wegen die englische Konkurrenz sei nicht aufzunehmen. Nach Alldem sei es nicht richtig, daß eine wichtige Industrie durch die Zollermäßigung betroffen würde, wohl aber liege diese Zollermäßigung im Interesse der deutschen Feinweberei und zahlreicher Industriellen. — Die Weiterberatung wird hierauf auf Abends 8 1/2 Uhr vertagt.

günstig & günstig
Königliche Ministerial-
Dresdner Ministerial-
Geh. Rath, Bankstr. 41/42.